
Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat; Sachstand Fortführung der Schulsozialarbeit sowie des Projekts Berufslotzen für Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen (Nachfolge KÜM: kooperatives Übergangsmanagement Schule-Beruf)

KSD 20135728

Stellungnahme der Verwaltung

- **Wie weit sind die Bemühungen der Verwaltung gediehen, den jetzigen Stand der Schulsozialarbeit in Ludwigshafen zu halten und befristete Stellen über den 31.12.2013 hinaus zu erhalten?**

Nach wie vor ist weder auf die Initiative des Deutschen Städtetages noch der Bundesländer Rheinland-Pfalz und NRW eine Reaktion des BMAS erfolgt, die eine Übertragung der bisher nicht verausgabten Restmittel in 2014 und damit eine Verlängerung der befristeten Arbeitsverträge ermöglichen würde.

Das Land RLP hat in seinem Haushaltsentwurf eine Förderung in der Höhe, die bis 2010 (vor BuT) geplant war, wieder vorgesehen, was ebenfalls keine Verlängerung der befristeten Arbeitsverträge zulassen würde.

- **Welche Chancen sieht die Verwaltung, insbesondere die 2012 neu einbezogenen Grundschulen und Gymnasien weiter mit Schulsozialarbeit zu versorgen?**

Die Landesrichtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit sieht derzeit keine Grundschulen und Gymnasien als zuschussfähig vor. Für den Erhalt der Landesförderung ist die trennscharfe Zuordnung der Personalstellen an Standortschulen, im wesentlichen RS plus und IGS, vorgesehen.

- **Wie weit sind die Bemühungen der Verwaltung gediehen, ein System der Berufslotzen für Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen in Ludwigshafen (Nachfolge KÜM: kooperatives Übergangsmanagement Schule - Beruf) über den 31.12.2013 hinaus zu erhalten?**

Die Thematik wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 16.09.2013 ausführlich erörtert. Die Klärung und Absicherung längerfristiger konzeptioneller und finanzieller Perspektiven stellt sich äußerst schwierig dar und erfordert intensive Klärung insbesondere mit den Ministerien und im Rahmen des Arbeitsbündnisses Jugend und Beruf. In Gesprächen mit der Agentur für Arbeit wurden Förderprogramme auf ihre Machbarkeit hin geprüft. Seitens der Agentur besteht keine Möglichkeit die Fortführung des Projekts „Berufslotzen“ zu unterstützen. Alternative Programme der Berufseinstiegsbegleitung scheitern an fehlender Kofinanzierung des Landes. Im neu gegründeten Bündnis „Jugend und Beruf“ werden rechtskreisübergreifend nach Lösungsmöglichkeiten im Übergang Schule/Beruf gesucht.

- **Mit welchen möglichen Förderinstanzen wurden Gespräche geführt, welche Zusagen liegen vor?**

Der Träger ZAB hat, gemeinsam mit der Jugendberufshilfe, ein Modell entwickelt, das bis Ende Juni 2014 die Arbeit der erfolgreichen Berufslosens an den Standortschulen weiter ermöglichen sollte. Kern der Finanzierung sind Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die vom Träger ZAB beantragt wurden. Das Projekt und die Antragstellung wurde mit der, vom Land vorgeschalteten, „Schneider-Beratung“ besprochen. Auf Bundes- wie auch auf Landesebene wurden bereits zahlreiche Gespräche zu dieser Thematik geführt, zudem wird nochmals zur weiteren Klärung und Unterstützung des Antrages am 07.10.2013 ein Gespräch im Ministerium (MSAGD) stattfinden.

- **Welche stadträtlichen Gremien werden in den kommenden Monaten von Seiten der Verwaltung in die fälligen Entscheidungen einbezogen?**

Der Jugendhilfeausschuss, wie zuletzt am 16.09.2013, und in gemeinsamen Sitzungen der Schulträgerausschuss werden regelmäßig über den Stand der Schulsozialarbeit und der möglichen Drittmittel informiert.